

Lügenstaat: Platz 1 der Top 10 Propagandalügen



Kein Staat der deutschen Geschichte hat die Deutschen so lange, so skrupellos und so folgenschwer belogen wie die Bunte Republik. Das

ganze Fundament dieses heute extrem ideologischen und in vielen Punkten radikal handelnden Staatswesens ist eine einzige, den Deutschen über Jahre hinweg wieder und wieder aufgetischte Lüge. Hier ist sie, die Jahrtausendlüge der deutschen Geschichte:

(Von Georg S.)

Platz 1: „Die Türken sind Gastarbeiter“

Die Gastarbeiter-Lüge ist und bleibt die Ur-Lüge der Bunten Republik. Mit dem Begriff der „Gastarbeiter“ hat der Staat den Deutschen einst sein Wort gegeben, dass die Türken eben nicht dauerhaft in Deutschland bleiben, sondern nur als Gäste im Land sind, die, wie es Gäste ihrer Definition nach immer tun, eines Tages wieder gehen. Dieses Wort hat der Staat gebrochen. Auf dem gebrochenen Wort eines Staates aber wird niemals ein wirklich gedeihliches Gemeinwesen entstehen. An diesem gebrochenen Wort wird eines Tages der ganze Staat zerbrechen.

Man mag darüber streiten, ob die Gastarbeiter-Lüge schon von Anfang an eine vorsätzliche Lüge war oder ob sie sich erst nach 1968 aus ideologischen, kulturevolutionären Gründen zu einer Lüge und ganz bewussten Täuschung der Deutschen entwickelte. Fakt ist, dass es, abgesehen von den allerersten

Anfangsjahren, niemals eine wirkliche Gastarbeiterpolitik mit klar befristeten Arbeitsverträgen gab und etwaige Rückkehrpflichten ins Heimatland niemals genau festgelegt, geschweige denn durchgesetzt wurden. Schon vor 1968 wurden ganz im Gegenteil Nachzugsregelungen und Familienzusammenführungen immer großzügiger ausgelegt. Zu Gute halten darf man der Politik vor 1968 bestenfalls, dass sie darauf gehofft haben mag, dass die Türken mit Ende der Vollbeschäftigung und wachsender Arbeitslosigkeit im Inland, ähnlich wie die Italiener, Deutschland freiwillig wieder verlassen würden – eine sehr vage Hoffnung, die allein schon deshalb keine Entschuldigung ist, weil man den Gastarbeitern – Leuten also, die definitionsgemäß nur zur Überbrückung kurzfristiger Beschäftigungslücken im Land sein sollten – schon in den 60er Jahren paradoxerweise Arbeitslosengeld und sogar Sozialhilfe zahlte, dadurch nicht nur den Begriff des „Gast-Arbeiters“ ad absurdum führte, sondern diesen Leuten auch noch jede Motivation zur Rückkehr aktiv entzog.

Für die Zeit nach der Kulturrevolution von 1968 besteht überhaupt kein Zweifel, dass das Wort „Gastarbeiter“ nur noch verwendet wurde, um den Deutschen Sand in die Augen zu streuen. Ideologisch wurde die dauerhafte Ansiedlung von Türken nun durch die deutschen Linken ausdrücklich gewünscht und gefördert: In den Gastarbeitern sah man einerseits ein Potenzial für klassenkämpferische Bewegungen, andererseits, insbesondere in den kulturfremden Türken, einen kulturrevolutionären Gegenpol zur eigenen, aus maoistischen Überzeugungen heraus abgelehnten deutschen und europäischen Kultur. Vor allem diese letztere Erkenntnis hat sich bedauerlicherweise als richtig herausgestellt, sie prägt die Motivation der deutschen Linken zum politischen Schulterchluss selbst mit gewaltbereiten radikalen Islamisten bis heute.

Spätestens seit Anfang der 70er Jahre, als durch den immensen Ausbau des Sozialstaats unter Willy Brandt die Zahl der

Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger kräftig in die Höhe schoss, die angeblichen „Gastarbeiter“ aber durch großzügige Sozialtransfers weiterhin im Land gehalten wurden, war eindeutig erkennbar, dass Realität und staatliche Verlautbarungen immer weiter auseinanderklafften. Faktisch waren die Türken, mit lebenslangen Aufenthaltsberechtigungen ausgestattet, seit Anfang der 70er Jahre keine Gastarbeiter mehr. Das hätte der Staat den Deutschen so ehrlich sagen müssen. Und er hätte aus demokratischen Gründen in Kauf nehmen müssen, dass die Deutschen dieser Politik der Ansiedlung einer anderen Nation - und später noch anderen Nationen – in ihrem Land eine Absage erteilen.

Tatsächlich aber hat er den Deutschen weiter vorgegaukelt, sie hätten nichts zu fürchten. Völlig berechtigte Warnungen aus rechten Kreisen, die Ausländerpolitik werde die Deutschen einst zur Minderheit im eigenen Land machen – in der Sache völlig richtig, wie wir heute wissen -, wurden als ausländerfeindliche Sprüchekloperei diffamiert. Schon damals zeichneten sich erste Tendenzen zur staatlichen Willkür und einer Verwahrlosung des demokratischen Umgangs ab, sobald das Ausländerthema im Spiel war: Verharmlosungen und Beschönigungen der Ausländerkriminalität, erste Anfänge des heute üblichen Zweirassenrechts durch Bevorzugung insbesondere gewalttätiger Ausländer vor Gericht (Migrantenbonus) und Tendenzen zur allgemeinen, volkssturmhaften Mobilmachung gegen Kritiker. Alle Grundlagen des verlogenen, totalitären Charakters der heutigen Bunten Republik sind bereits in dieser frühen Zeit eindeutig zu erkennen.

Warum sich der Staat schon seit Anfang der 70er Jahre zunehmend für die Lüge und im Umgang mit Kritikern für Repressivität entschied, statt die Karten auf den Tisch zu legen und einen ehrlichen, offenen Dialog zu suchen, können wir heute nur mutmaßen. Der wachsende Einfluss der kulturevolutionären Linken („Die Grünen“), die schon damals durch massenhafte Ansiedlung von Ausländern die von ihnen

gewünschte „andere Republik“ schaffen wollten, spielte sicher eine Rolle. Die kulturrevolutionären Grünen sahen in der Gastarbeiter-Lüge (und in der Asyl-Lüge als ihrer Variante) stets ein notwendiges Mittel zum Zweck, um durch bewusste Täuschung des naiven Durchschnittsbürgers Zeit zu gewinnen und in dieser Zeit unumkehrbare vollendete Tatsachen zu schaffen. Solche Gedankengänge, die Gastarbeiter-Lüge (und Asyl-Lüge) aus taktischen Gründen zu rechtfertigen, dürften mit Sicherheit auch in der SPD prägend gewesen sein. Sie sind typisch für den Hochmut und zugleich das Misstrauen, mit denen die überwiegend akademisch gebildete westdeutsche Linke den einfachen Bürgern spätestens seit den intellektualisierten Siebzigern begegnete.

Kohls CDU hat die ideologische Konfrontation mit den seit 1968 strukturell übermächtigen westdeutschen Linken nie gesucht. In den frühen 80ern galt das Ausländerthema in Westdeutschland längst als Tabu, an diesem Tabu wurde nicht gerüttelt, man tippte es bestenfalls an – selbst das aus heutiger Sicht ein unglaublicher Freiheitsgrad. Man muss Kohl zu Gute halten, dass er immerhin zwei Mal versucht hat, die verheerende Entwicklung, die sich bereits damals abzeichnete, zumindest zu verlangsamen: einmal durch die Auszahlung der Rentenbeiträge an heimkehrwillige Türken und das zweite Mal durch sein Reförmchen des Asylrechts, immerhin ein Tropfen auf den heißen Stein. Ansonsten hat er sich der Gastarbeiter-Lüge genauso gewissenlos bedient wie sein Amtsvorgänger, und genau wie jener hat er nichts Konkretes getan, um diesem Begriff wenigstens einem Anschein von Wahrheit zu verleihen. Gastarbeiter, die bereits jahrelang arbeitslos und daher ganz offensichtlich keine Gastarbeiter mehr waren, wurden auch unter Kohl nicht ins Heimatland zurückgeschickt, sondern mit Sozialhilfe versorgt.

Der endgültige Wortbruch erfolgte durch das Duo-Infernal der bundesdeutschen Politik, Schröder/Fischer, die Millionen von türkischen Gastarbeitern aus rein ideologischen Motiven, ohne

jegliche Veranlassung, deutsche Pässe ausstellten. Die von den Grünen immer angestrebte Unumkehrbarkeit, die gewünschte radikale Umvolkung („Jeden Tag stirbt Deutschland ein Stück mehr, das ist großartig“) wurde durch Schröder/Fischer zementiert. Da nun keine Rückführung mehr zu fürchten war, konnte mit der Masseneinbürgerung auch die islamische Landnahme an Schwung gewinnen: Moscheen, Koranschulen, brennende Kirchen, „Juden ins Gas!“ – ohne die Masseneinbürgerung durch Schröder/Fischer wäre uns das erspart geblieben, all dies kam erst nach 1998 so richtig in Gang.

Die Masseneinbürgerung der türkischen Gastarbeiter durch Schröder/Fischer beendete aber zugleich auch die Glaubwürdigkeit des Staatswesens für alle Zeit. Sie war ein offenes Bekenntnis zum Lügenstaat, einem Staat, dessen Wort man nicht und niemals wieder trauen kann. Von 1968 bis 1998 hat man die Deutschen mit der Gastarbeiter-Lüge belogen – dies wurde 1998 ebenfalls zur unumkehrbaren Gewissheit. Die Folgen dieser Lüge können wir noch nicht absehen, aber aus den Erfahrungen anderer westeuropäischer Länder erahnen: der große bunte Super-GAU, brennende Städte, Bomben, Tote, abgeschlagene Köpfe, man denkt an Grausamkeiten, wie wir sie heute nur aus dem Nordirak kennen. All dies ist in anderen Teilen des bunten Westeuropas in Anfängen längst erkennbar, und nichts wird diese Entwicklung aufhalten. Eines Tages wird die leibhaftige Bunte Republik an jedermanns Haustür klopfen. Keine Lüge der deutschen Geschichte, so ist zu befürchten, wird für uns so schreckliche Folgen haben wie die Lüge von den Gastarbeitern. 30 Jahre lang erzählt und von einzigartiger Folgeschwere – ganz eindeutig Platz 1. Alles Lüge, alles Unrecht!

» Teil 1: [Platz 6-10](#)

» Teil 2: [Platz 2-5](#)

Stuttgart: „Flüchtlings“- Zahlen explodieren!



Der Wahnsinn scheint

kein Ende zu nehmen. Wie heute bekannt wurde, rechnet die Stadt Stuttgart mit einer Steigerung der unterzubringenden „Flüchtlinge“ um mehr als das Doppelte im Vergleich zu letztem Jahr und es weist nichts darauf hin, dass der derzeitige Zustrom kurz-, mittel- oder langfristig abebben werde. Rechnete Stuttgart bisher noch mit 207 Unterzubringenden im Monat, so wird nun in der Prognose für die laufenden Monate von je 307 Menschen ausgegangen.

50 Millionen Euro zusätzlich

In einem Nachtragshaushalt sollen jetzt, für die dieses Jahr zusätzlich erwarteten 1500 Asylbewerber, [50 Millionen Euro extra bewilligt](#) werden. Allein im letzten Jahr betrug die Gesamtzahl der Asylforderer allein in Stuttgart 2615, was damals schon fast eine Verdoppelung zum Vorjahr darstellte. Die Kosten trage letztlich nicht die Stadt. „Wenn die Plätze besetzt sind, bekommen wir die Kosten über das Land innerhalb von zehn Jahren refinanziert“, so der erste Bürgermeister Michael Föll (CDU), in den [Stuttgarter Nachrichten](#).

Geld, das dann an anderer Stelle fehlen wird. Es ist schon grotesk, dass sich die Politik anscheinend nur die Frage zu

stellen scheint, ob Bund, Länder oder die Kommunen die Kosten zu tragen hätten. In der Folge ist das vollkommen irrelevant, da die Zeche am Ende sowieso nur einer zu zahlen hat, egal über welche Umwege – der deutsche Steuerzahler!

Zurzeit leben in Stuttgart 3285 illegale Eindringlinge in 72 Unterkünften in 17 Stadtbezirken. Sechs gleichartige Fertigbauten sind bereits in Betrieb, drei weitere, sowie Erweiterungen an zwei bestehenden Standorten folgen, [teils gegen örtlichen Protest](#), bis Ende 2015 oder Anfang 2016. Mittlerweile haben sogar schon Anwohner ihre Häuser verkauft, weil die Stadt ihre Zusagen nicht eingehalten hat, die Asylunterkünfte immer weiter ausgebaut werden und den sozialen [Frieden in der Stadt stören](#).



Keine Container – Wohnungen sollen es sein!

Wer angesichts der exorbitant gestiegenen Kosten für Unterbringung und Verpflegung der Eindringlinge jetzt mit einer sparsameren Politik rechnet, muss enttäuscht werden. Für Stuttgart sind die deutschlandweit verwendeten und auch nicht gerade günstigen Containerbauten, nicht gut genug. Es sollen richtige Wohnungen her. Und so will die vom grünen Oberbürgermeister Kuhn regierte Stadt, allein in diesem Jahr noch einmal kurzfristig 60 private Wohnungen anmieten. Angesichts des in Stuttgart sehr angespannten Wohnungsmarktes ein katastrophales Signal für jeden Wohnungssuchenden. Ein

frei gewordenen Krankenhaus, das Bürgerhospital auf dessen Gelände theoretisch neuer Wohnraum hätte entstehen können, wird zusätzlich mit 250 Illegalen belegt werden. Außerdem ist geplant einen besseren Betreuungsschlüssel, sprich mehr Sozialarbeiter, für die Betreuung, umzusetzen. Dieses Konjunkturprogramm für die Asylindustrie kostet den Steuerzahler natürlich auch noch weitere Unsummen, die dann natürlich über viele Jahre zurück gezahlt werden müssen.

Medien fordern: „Wir müssen!“

Und was machen die Medien? Sie lügen weiter, sprechen nur von syrischen Flüchtlingen ohne dabei die Völkerwanderung von Millionen Menschen aus Schwarzafrika beim Namen zu nennen. Sie sprechen beim Thema Finanzen davon, dass das Geld vom „Land“ käme, „die Kommunen würden ja entlastet“, ohne die wirklichen Finanziers, die Steuerzahler zu nennen. Als wenn das nicht schon genug wäre, so fordern sie auch noch die Ausgaben zu steigern. Am Ende hört der Bürger immer nur ein Wort „muss“!

„Wir müssen!“ – Wirklich?

Rasch handeln

VON LEON SCHERFIG

Was würde die reiche Stadt Stuttgart für ein Bild abgeben, wenn sie Flüchtlinge monatelang auf Feldbetten in Turnhallen unterbrächte? Es wäre ein Desaster, in vielerlei Hinsicht. Humanitär, aber auch medial. Für die Verwaltung wäre es die Bankrotterklärung. Deshalb ist es richtig, dass die Verantwortlichen den zuweilen schwerfälligen Verwaltungsapparat so schnell wie möglich in Gang setzen. Das Geld für neue Unterkünfte, so zumindest das Versprechen vom Land, soll später voll erstattet werden. Erst diese Woche hatte das Land zugesichert, die finanzielle Unterstützung der Kommunen zu verbessern.

Nun rasch im Gemeinderat einen Nachtragshaushalt absegnen zu lassen, ist der richtige Schritt. Auf der großen politischen Bühne wird es vorgemacht: Am Donnerstag verabschiedete der Bundestag einen entsprechenden Nachtragsetat für 2015 und zudem ein Gesetz zur Entlastung der Kommunen. Der Bund unterstützt Länder, Städte und Gemeinden in diesem und nächsten Jahr mit je 500 Millionen Euro.

Ob das ausreicht, ist fraglich. Der Vormarsch des Islamischen Staates in Syrien lässt das Schlimmste befürchten und wird weitere Flüchtlingswellen auslösen. Eine traurige Realität, auf die sich nicht nur Stuttgart einstellen muss.

l.scherfig@stn.zgs.de

Politiker von CDU bis Linke sprechen im Zusammenhang mit der illegalen Einwanderung weiter nur von „Flüchtlingen“ und leiten daraus ab, helfen zu müssen. Alternativlos wird in der sehr einseitig geführten Debatte um die „Flüchtlings“-Problematik in der Folge immer nur eine Schlussfolgerung zugelassen: „Wir müssen!“. Aber „müssen“ wir wirklich? Nein! Angesichts der nicht enden wollenden Armutseinwanderung und der Vernachlässigung der Interessen der angestammten Bevölkerung, ist statt „müssen“, laut „STOPP“, zu rufen! Es geht auch nicht in erster Linie ums Geld, das im schwarzen Loch der Bereicherungs- und Asylindustrie verschwindet. Es ist vor

allem die Identität, die durch den immer offensichtlicher zutage tretenden und zunehmend beschleunigten Bevölkerungsaustausch verloren geht. Das betrifft übrigens nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa! Wenn wir also etwas müssen, dann ist es diese Irrsinnspolitik zu stoppen. Jetzt!



Hamburgs Grüne wollen auch Homoampeln

☒ Kaum hat jemand eine dumme, dafür für den Steuerzahler kostspielige Idee, muss man nicht lange warten, bis die grüne Pädophilen- und Gagapartei sie aufgreift und laut „haben will“ schreit. So auch nun die seit kurzem in Wien installierten „Toleranzampeln“ ([PI berichtete](#)). Die grüne Katharina Fegebank, zweite Hamburger Bürgermeisterin und Gleichstellungssenatorin, [fände es „klasse für Hamburg“](#), wenn die Hansestadt auch solche Schwulensignale für den Straßenverkehr hätte. „Das ist ein starkes Signal im Alltag für die Vielfalt. Wir gucken uns an, wie man das umsetzen könnte“, eifert sie aufgeregt der grünen Wiener Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou nach.

(Von L.S.Gabriel)

Dass diese Schutzweg- und Verkehrsverschwachtung in Wien für nur 49 Standorte mehr als 60.000 Euro gekostet hat, stört Katharina Fegebank offenbar nicht. Der [Schuldenberg des Landes Hamburg](#) beläuft sich auf rund 48 Mrd. Euro, das entspricht einer Pro-Kopfverschuldung von etwa 30.000 Euro. Straßen und Brücken werden aus Geldmangel nicht saniert, aber Homoampeln sind bestimmt noch drin und wohl auch viel wichtiger, wenn es der weiteren Hirnwäsche zugunsten der Homo- und Genderlobby dient.



SPD - Würzburg: Willkommensticket für Illegale



PI hat es hier schon mal kurz angeschnitten: Die SPD in Würzburg möchte gerne den Illegalen die „Mobilität erleichtern“. Aus diesem Grund stellte Stadträtin Laura Wallner (Foto) einen Antrag

zur „Einführung eines kostenlosen Willkommenstickets für Asylbewerber/innen“. Das Ticket solle in der gesamten Großwabe gültig sein. Sie hält es nämlich für unzumutbar, dass die Asylforderer den Weg von der Gemeinschaftsunterkunft in die Innenstadt zu Fuß zurücklegen müssten. Sei doch Mobilität eine wichtige Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. „Es ist auch im Interesse der Stadtgesellschaft, dass sich Menschen, die hier leben wollen, von Anfang an in der Stadt bewegen können“, so Wallner.

Weiters ist sie der Meinung, die Würzburger Straßenbahn GmbH

(WSB) würde durch die Einführung eines solchen Tickets keine Kunden verlieren. Es wäre auch keine enorme Mehrbelastung von Bus- und Straßenbahnlinien zu befürchten.

Ob es im Interesse der Bürger ist, dass die sich zum Teil durch gewalttätige Übergriffe, Raub und Einbruch auszeichnenden illegalen Eindringlinge in Deutschland möglichst mobil sind, darf bezweifelt werden und auch, dass der WSB dadurch keine Einbußen oder Mehrbelastungen entstünden ist eine naive, wohl absichtlich verharmlosende Darstellung.

Wen es allerdings entlasten würde, wären die Fahrkartenkontrolleure, denn die trauen sich aufgrund [der Aggressivität der Schwarzfahrer](#) aus den Illegalenunterkünften diese ohnehin kaum noch nach einer gültigen Fahrkarte zu fragen. (lsg)



Wann kommt der „Deuxit“?



„Grexit“, „Brexit“, in Irland denkt man bereits über den „Ixit“ nach. Wann kommt endlich der „Deuxit“? Nur nicht drängeln. Hier ist die genaue Reihenfolge des Zerfalls der

sogenannten „Europäischen Union“:

(Von Marco)

- Brexit

Die Briten sind mental schon lange ausgetreten. Alles andere ist Formsache.

- Ixit

Irland wird sich den Briten anschließen. Die Briten werden nach dem Brexit von ihrer wirtschaftlichen und geistigen Befreiung so stark profitieren, dass der Nachbar gar nicht anders kann als nachziehen. Außerdem könnten die befreiten Briten die rumänischen Zigeuner, die sich durch London betteln, nach Irland ausweisen, und da müsste man sie tatsächlich aufnehmen.

- Hunxit

In Ungarn hat man die Bevormundung durch die arroganten Zirkusclowns in Brüssel so satt wie sonst nirgendwo auf dem Kontinent. Countdown läuft.

- Poxit

In Polen gibt man nationale Hoheitsrechte besonders zähneknirschend ab. Den Brüsseler Irrsinn macht man nur mit, weil er im Moment viel Geld einbringt. Sobald aus Brüssel kein

Geld mehr fließt und man stattdessen den ersten Zloty zahlen müsste, wird man den Laden verlassen und treibende Kraft für eine eigene osteuropäische Gemeinschaft werden, die eine reine Wirtschaftsgemeinschaft, keine politische Gemeinschaft, sein wird. Auch in Zukunft gilt: Noch ist Polen nicht verloren. Die Polen werden Polen nie verlieren.

- Slovaxit

Die Slowakei wird sich der Wirtschaftsgemeinschaft von Ungarn und Polen anschließen. In Brüssel hat man der Slowakei ohnehin nie zugehört, wenn die mal was sagen wollte, sondern mit dem iPhone gespielt. Wenn die Slowakei austritt, wird man es in Brüssel gar nicht merken.

- Slovexit

Die Slowenen werden den Slowaken folgen, weil man sie in Brüssel genauso wenig ernstnimmt und dauernd verwechselt. In Brüssel weiß man immer noch nicht, wie die slowenische Hauptstadt heißt, und man will es auch nicht wissen. „EU“ bedeutet nämlich: Westeuropa gibt den Takt vor, alle anderen dürfen am Katzentisch sitzen.

- Däxit

Die Dänen haben in Sachen „EU“ bisher immer alles richtig gemacht: Dem Euro sind sie nicht beigetreten, sie haben gegen die „EU“-Verfassung gestimmt, und im asylen Notfall machen sie ihre Grenzen dicht. Sie werden auch in Zukunft alles richtig machen. Überzeugte Europäer waren die Dänen sowieso nie, dazu sind sie zu überzeugte Skandinavier.

- Bexit

Belgien wird aus der „EU“ de facto austreten, weil sich das Land komplett auflösen wird. Belgien wird in spätestens 10 Jahren in einem gigantischen Bürgerkrieg versinken, in dem sich Araber, Afrikaner, Flamen und Wallonen alle gegenseitig

totschießen. Belgien, das ist das europäische Syrien von morgen.

- Nexit

Die Niederlande werden im Süden in den belgischen Bürgerkrieg hineingerissen und genauso in Schutt und Asche versinken. Im Norden wird man das ganz weltoffen und tolerant sehen, kein Grund zur Panik. Hauptsache, der Schutt und die Asche und die geköpften Leichen auf der Straße stören nicht beim Kiffen.

- Luxit

Als Benelux-Land wird sich Luxemburg Belgien und den Niederlanden anschließen und mitbrennen. „EU“-Obermacker Juncker („Wenn es ernst wird, muss man lügen“) wird aus seiner Villa gejagt, flieht in Frauenkleidern und beantragt Asyl in der Schweiz.

- Fraxit

Frankreich brennt schon heute, und das wird es in Zukunft noch mehr. Auch in einem brennenden Frankreich wird man symbolisch noch lange die „EU“-Fahne hochhalten. Das gehört zum stolzen Selbstbild, weil die „EU“ die einzige internationale Organisation ist, in der gelegentlich Französisch gesprochen wird. Wirklich mitreden wird man in Zukunft aber nicht mehr können, weil man entweder mit Feuerlöschern beschäftigt ist oder im Bunker sitzt. Und in Brüssel sitzt man heute schon im Bunker.

- Espaxit

Eine Mitgliedschaft Spaniens macht nur Sinn, wenn man wenigstens den Luftraum über Frankreich noch durchqueren kann, ansonsten ist man von Europa abgeschnitten. Da Frankreich vor allem im arabischen Süden brennen wird, wird der Landweg versperrt sein und der Luftraum wohl auch. Spanien wird sich dann klugerweise Südamerika zuwenden. Auch in Nordamerika wird

Spanisch bis zum Mississippi bald Landessprache sein. Die wahre Zukunft Spaniens liegt in Amerika.

- Porxit

Was für England und Irland gilt, gilt auch für Portugal: Ist der Nachbar raus, ist man auch raus.

- Malxit

Malta wird alles tun, um dem traurigen Schicksal Lampedusas zu entgehen. Die Maltesen werden ihre Marine zum Schutz ihrer Seegrenzen einsetzen, die genau das tun wird, was eine Marine tun muss, um die Grenzen zu verteidigen: das erste „Flüchtlingsboot“, das illegal über die Grenze schwimmt, mit einem Volltreffer auf den Meeresgrund befördern. Danach wird kein einziges „Flüchtlingsboot“ jemals wieder Malta ansteuern, so einfach ist das. Zur Strafe wird man Malta fristlos aus der „EU“ entlassen. Für die Maltesen heißt das insgesamt: Ende gut, alles gut!

- Balxit

Die Balten werden eines Tages die Russen bitten, sie von der „EU“ zu befreien. Die Russen werden sich nicht lange bitten lassen.

- Svexit

Schweden wird es zu diesem Zeitpunkt schon lange nicht mehr geben. Das Land wird still und leise in eine kurdische Mitte und einen arabischen Süden zerfallen. Das letzte, was man aus Schweden gehört haben wird, war ein langer nordischer Seufzer.

- Finxit

Die Finnen werden eines Tages einfach vergessen, dass sie in der „EU“ sind. Wirklich gemerkt haben sie das sowieso nie, außer wenn man ihr Geld brauchte.

- Kroxit

Kroatien wird erst austreten, wenn es ganz sicher ist, dass es wirklich drin ist.

- Bulxit

Bulgarien wird eines Tages von der Türkei besetzt werden.

- Zyxit

Südzypern wird das Schicksal Bulgariens teilen. Nordzypern teilt schon seit 1974 das Schicksal der Ostukraine, ohne dass das die „EU“ jemals so empört hätte wie das Schicksal der Ostukraine.

- Roxit

Der ehemals österreichische Teil Rumäniens nördlich der Karpaten, wo tüchtig gearbeitet wird, wird sich der Wirtschaftsgemeinschaft mit den Ungarn anschließen. Der ehemals türkische Teil südlich der Karpaten, wo tüchtig geklaut wird, wird sich so lange gegenseitig beklauen, bis alles weg ist.

- Itaxit

Das verbleibende Resteuropa wird die Italiener stark an die Stauferzeit des Heiligen Römischen Reiches erinnern, das werden sie vermutlich nicht wollen. Oder es wird sie an den Hitler-Mussolini-Pakt erinnern, an den wollen sie schon heute nicht erinnert werden. Endgültig verlassen werden sie das Stauerreich 2.0 allerdings erst, nachdem sie den allerletzten afrikanischen „Flüchtling“ in den Zug nach Deutschland gesetzt und hinterher die Bahngleise gesprengt haben, damit er nie wieder zurückkommt..

- Tschexit

Die Tschechen mögen die „EU“ nicht, sind aber überzeugte

Mitteleuropäer und wirtschaftlich stark an Deutschland angebunden. Sie werden deshalb an deutscher Seite durchhalten, bis es nicht mehr geht. Es geht dann nicht mehr, wenn von der „EU“ in Mitteleuropa nur noch Deutschland, Österreich und Tschechien übrig sind. Diese Form der „EU“ hatten sie nämlich schon mal.

- Grexit

Griechenland wird sich noch eine Weile durchfüttern lassen, länger als gedacht. In der „EU“ wird es bis zum Ende herumklümmeln und dort tun, was es am besten kann: Zahlen fälschen, Gelder veruntreuen, sich krank schreiben lassen, man kennt solche Leute. Sich verziehen wird Griechenland erst, wenn sich wirklich niemand mehr findet, der es päppelt. Das wird erst dann der Fall sein, wenn Deutschland und Österreich selber pleite sind.

- Öxit

Die Österreicher, nibelungentreu, werden erst kurz vor Schluss aus der „EU“ austreten, weil sie dann nicht in einer Staatengemeinschaft nur mit Deutschland sein wollen. Das wäre ihnen irgendwie peinlich.

- Deuxit

Deutschland wird niemals aus der „EU“ austreten. Am Ende werden die Deutschen deshalb wieder das sein, was sie in der ganzen europäischen Geschichte immer waren: allein.



Westfalenblatt feuert „homophobe“ Kolumnistin



Ein schönes Schaubispiel dafür, welche irre Form die Minderheitenhysterie allein im Medienbereich schon angenommen hat, ist dieser Tage ein zum Skandal hochstilisierter, absolut vernünftiger und nachvollziehbarer Rat einer Kolumnistin des Westfalen-Blattes. In der zum Westfalen-Blatt gehörenden Sonntagszeitung „OWL am Sonntag“ erscheint wöchentlich die Kolumne der Diplom-Soziologin Barbara Eggert „Unsere Töchter schützen“. Nun bescherte ihr eine Antwort auf die besorgte Frage eines Vaters bezüglich der Homosexualität seines Bruders in Zusammenhang mit seinen kleinen Töchtern nicht nur einen Entrüstungsturm im Internet, sondern auch gleich die Kündigung ihrer Kolumne, seitens des Westfalen-Blattes.

(Von L.S.Gabriel)

In der Ausgabe vom 17. Mai fragt ein 43-jähriger Vater zweier Töchter, sechs und acht Jahre alt, wie er sich denn verhalten solle. Sein schwuler Bruder würde seinen Freund heiraten und wollte, dass seine Mädchen Blumen streuten. Der Mann wollte aber seinen Kindern die „sexuelle Vielfalt“ in ihren jungen Jahren ersparen, wusste aber nicht wie er eine Absage seinem Bruder erklären sollte.

Der Vater schrieb:

Unsere Kinder mögen ihren Onkel und seinen Freund sehr, wissen aber nicht, dass sie homosexuell sind. Tatsache ist, dass unsere Töchter noch keine Ahnung haben, was Homosexualität bedeutet. [...] Meine Frau und ich haben unseren Kindern beigebracht, dass die Ehe eine ernste Entscheidung zwischen Mann und Frau ist. [...] Ich will nicht, dass unsere Kinder an dieser Hochzeit teilnehmen und sich in ihrem kindlichen Alter mit dem Thema der sexuellen Orientierung befassen.

Eggert antwortete, wie das wohl jeder vernünftige nicht links-hirngewaschener und gendergaga indoktrinierte Mensch, mit noch gesundem Menschenverstand getan hätte und zeigte sogar Toleranz gegenüber dem Paar:

Es ist für homosexuelle Paare sicherlich nicht einfach eine gelungene Hochzeitsfeier zu organisieren, die der ganzen Familie gerecht wird. Aber bei allem Respekt, es muss nicht sein, sechs- und achtjährige Kinder einzuladen. Ich gebe Ihnen Recht, Ihre Töchter würden durcheinander gebracht und können die Situation Erwachsener nicht richtig einschätzen. Sagen Sie Ihrem Bruder, dass Ihre Kinder an der Feier nicht teilnehmen, weil Sie nicht möchten, dass die Kinder verwirrt werden.

»Unsere Töchter schützen«

Wir haben zwei Töchter, die acht und sechs Jahre alt sind. Mein Bruder hat seit Jahren einen Freund. Unsere Kinder mögen ihren Onkel und seinen Freund sehr, wissen aber nicht, dass sie homosexuell sind. Tatsache ist, dass unsere Töchter noch keine Ahnung haben, was Homosexualität bedeutet.

Die beiden Männer wollen demnächst heiraten und möchten, dass unsere Mädchen Blümchen streuen. Meine Frau und ich haben unseren Kindern beigebracht, dass die Ehe eine ernste Entscheidung zwischen Mann und Frau ist. Mein Bruder und sein Freund sind wunderbare Menschen, aber eine Ehe finde ich unpassend. Ich will nicht, dass unsere Kinder an dieser Hochzeit teilnehmen und sich in ihrem

Guter Rat am SONNTAG



von
Barbara
Eggert

kindlichen Alter schon mit dem Thema der sexuellen Orientierung befassen. Für meine Frau und mich ist das ein Problem.

Bernhard, 43 Jahre

Barbara Eggert: Es ist für homosexuelle Paare sicherlich nicht einfach, eine gelungene Hochzeitsfeier zu organisieren, die der ganzen Familie gerecht wird. Aber bei allem Respekt, es muss nicht sein, sechs- und acht-

jährige Kinder einzuladen. Ich gebe Ihnen Recht, Ihre beiden Töchter würden durcheinander gebracht und können die Situation Erwachsener nicht richtig einschätzen, weil sie noch zu jung sind. Andere Kinder mögen vielleicht liberaler aufgewachsen sein. Ihre Töchter sind anders erzogen. Sagen Sie Ihrem Bruder ehrlich, wie Sie denken, und dass Ihre Kinder an der Feier nicht teilnehmen, weil Sie und Ihre Frau nicht möchten, dass die Kinder verwirrt werden. Ihre Töchter werden sich noch früh genug mit dem Thema Sexualität befassen.

Schreiben Sie Barbara Eggert an ratgeber@westfalenblatt.de oder auf dem Postweg: OWL AM SONNTAG, KW: Guter Rat am Sonntag, Sudbrackstraße 14 - 18, 33611 Bielefeld

Daraufhin brach in den sozialen Netzwerken ein Sturm der Entrüstung los, im Tenor man solle sich besser vom Westfalenblatt fernhalten. Die dümmstmögliche Reaktion des Blattes ließ nicht auf sich warten. Redaktionsleiter Ulrich Windolph schrieb [in seiner Stellungnahme](#):

Sollte die Einschätzung der Diplom-Soziologin Barbara Eggert Ihre Gefühle verletzt haben, so bedauern wir das außerordentlich. Wir bitten dafür ausdrücklich um Entschuldigung und versichern, dass uns nichts ferner lag als das. Wir haben Verständnis dafür, wenn beim Lesen insbesondere der kurzen Fassung der Kolumne »Guter Rat am Sonntag« der Verdacht der Homophobie entstehen konnte. Das WESTFALEN-BLATT weist aber zugleich den Vorwurf zurück, der Schwulen- und Lesbenfeindlichkeit das Wort reden zu wollen.

Sehr selbstkritisch müssen wir einräumen, dass in der Kolumne so formuliert wird, dass der Text Kritik geradezu herausfordert. Das ist unzweifelhaft eine gravierende journalistische Fehlleistung, die die Redaktion in vollem Umfang zu verantworten hat. Wenn die Rede davon ist, dass die Kinder »verwirrt werden« könnten, dann fehlt zwingend die

Erklärung, woraus dies resultieren könnte – nämlich nicht aus dem Besuch einer Hochzeit zweier Männer an sich, sondern dadurch, dass den beiden Töchtern des Ratsuchenden bisher jegliche Aufklärung über Homosexualität fehlt.

Diese Entscheidung der Eltern ist sicher für sich genommen diskussionswürdig. Wir halten sie mit Blick auf das Alter der Töchter – die Mädchen sind acht und sechs Jahre alt – allerdings durchaus für legitim. Selbstredend kann das jeder Erziehungsverantwortliche für sich selbst und seine Schutzbefohlenen natürlich anders sehen und handhaben. Diese Eltern aber haben für sich so entschieden, und auf dieser Entscheidung wiederum fußt der Rat unserer Autorin.

Barbara Eggert erklärt persönlich: »Hier geht es nicht um meine Weltanschauung oder einen gesellschaftlichen Konflikt, sondern um ein ganz privates, nicht repräsentatives Problem eines verunsicherten Vaters. Ich habe ihm geschrieben, dass seine Kinder vielleicht nicht liberal genug erzogen wurden und ihm geraten, ein offenes Gespräch mit seinem Bruder zu suchen, um seinen Standpunkt zu erklären. Ich bin der Meinung, dass man alle Menschen ernst nehmen und respektieren muss, auch die, und gerade die, die anders denken als man selbst, alles andere würde mir intolerant erscheinen.«

Geradezu absurd ist vor diesem Hintergrund der Verdacht, das WESTFALEN-BLATT empfehle »Kinder von Homosexuellen fernzuhalten«. Dem widerspricht schon das geschilderte Ausgangsszenario seitens des Familienvaters, wonach seine beiden Töchter in gutem Kontakt zu ihrem Onkel stehen. Auch ging es im vorliegenden Fall um eine ganz konkrete Lebenssituation und nicht um eine generelle Handlungsempfehlung. Diese steht uns weder zu noch würden wir sie uns anmaßen.

Ulrich Windolph, Redaktionsleiter WESTFALEN-BLATT

Eine „gravierende journalistische Fehlleistung“ sehen wir hier

nur bei der Redaktionsleitung in Person Ulrich Windolphs. Hätte es eine Möglichkeit gegeben noch tiefer zu sinken und sich für eine absolut korrekte Antwort, im Sinne der Familie und der gegebenen Situation des Vaters, im Staub zu wälzen und den dummen Argumentationen der Homolobby zu folgen, so hätte er es vermutlich publikumswirksam getan.

Den Eltern vorzuwerfen, dass sie „bisher jegliche Aufklärung über Homosexualität“ gegenüber ihren kleinen Töchtern verabsäumt hätten ist geradezu infam und alleine die Vorstellung eine Sechsjährige damit zu konfrontieren ist widerwärtig, denn das wäre nicht bloß „verwirrend“ sondern, wir behaupten, sogar traumatisierend für ein Kind dieses Alters. Die von der Homo- und Genderlobby geforderte und offensichtlich von Herrn Windolph unterstützte Frühsexualisierung grenzt an Kindesmissbrauch.

Der einzige, der sich hier also eine „Fehlleistung“ erlaubt hat ist Ulrich Windolph, mit der Darstellung die Entscheidung der Eltern sei „diskussionswürdig“. Es ist ihr Recht ihre Kinder in ihrem Sinne zu erziehen, zumal in diesem Fall ganz offensichtlich auch eine Fürsorge für das geistige und seelische Wohlergehen der Mädchen deutlich wird. An traditionellen Familienstrukturen und dem Schutz der natürlichen, fortpflanzungsfähigen Familie festzuhalten ist in keiner Weise „diskussionswürdig“, denn das ist es was unsere Gesellschaft stärkt und trägt.

Kontakt:



Westfalenblatt
Sudbrackstraße 14-18
33611 Bielefeld
Redaktionsleiter Ulrich Windolph (Foto l.)
Tel: 0521 585 258
Fax: 0521 585 402

E-Mail: u_windolph@westfalen-blatt.de



Australien entzieht Dschihadisten Staatsbürgerschaft



Wenn heutzutage eine Regierung verantwortlich für ihr Volk handelt, dann die Australiens. Peter Dutton (Foto), Minister für Einwanderung und Grenzschutz, kündigte gestern in einem Interview mit Sydneys Radiosender 2GB an, man werde IS-Kämpfern die australische Staatsbürgerschaft entziehen, wenn mindestens ein Elternteil Ausländer ist. Dazu werde die Regierung das entsprechende Gesetz ändern.

Während hierzulande Innenminister [Thomas de Maizière davon fabuliert](#), dass Dschihadisten unsere „Söhne und Töchter“ sind, zeigt Australien einmal mehr, wie man mit islamischen Mördern

zu verfahren hat.

Das Land wird zukünftig australischen Dschihadisten [die Staatsangehörigkeit entziehen](#), die für den IS gekämpft haben, wenn mindestens ein Elternteil Ausländer ist. Da der IS nicht als Staat anerkannt ist, war dies bislang nicht möglich. Jedoch möchte Australien nun das britische Modell übernehmen, das vorsieht, dass ein Bürger die Staatsbürgerschaft eines ausländischen Elternteils annehmen muss und die australische verliert, wenn ein triftiger Grund gegeben ist. Dies soll auch bei doppelter Staatsangehörigkeit der Fall sein. Durch dieses Prinzip würde vermieden, dass eine Person staatenlos wird, so Dutton.

Im Moment kann Australien einem Bürger die Staatsangehörigkeit nur dann entziehen, wenn dieser bei seinem Einbürgerungsantrag betrogen hat oder sich der Armee eines anderen Landes anschließt, um gegen Australien zu kämpfen. Da der Islamische Staat jedoch kein Land ist, konnte man die bisherige gesetzliche Regelung nicht auf die Dschihadisten anwenden.

Doch damit [ist jetzt Schluss](#). In Bezug auf Australiens Dschihad-Rückkehrer sagt Dutton: „Ich kann kaum die Straße entlang gehen, ohne dass Leute sagen: ‚Warum lasst ihr diese Leute zurück in unser Land? Sie kommen radikalisierte zurück.‘ Sie sind eine große Gefahr für australische Bürger. Wir sollten handeln, und das ist es, was die Regierung tut.“

Australien, du hast es besser!

Asylbetrüger werden kaum mehr

abgeschoben



2014 wurden in Deutschland etwa 200.000 Anträge auf Asyl gestellt, zwei Drittel von ihnen wurden abgelehnt.

Abgeschoben wurden von Januar bis November vorigen Jahres jedoch nur etwas mehr als 10.000 Personen.

In dem jüngsten Bericht der Unterarbeitsgruppe Vollzugsdefizite, an dem Fachleute aus Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz sowie der Bundespolizei mitwirkten, wird unter Berufung auf Informationen aus dem Bundesinnenministerium berichtet, dass zwischen Januar und September 2014 aus den sogenannten sicheren Herkunftsstaaten Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegovina 31.000 abgelehnte Asylbewerber ausreisepflichtig gewesen seien, aber nur 2595 abgeschoben wurden.

Weiter heißt es: Von 84.850 Personen, die Ende des Jahres 2012 geduldet waren (sie hatten also kein Asyl zugesprochen bekommen), hielten sich zwei Jahre später immer noch mehr als 53.000 in Deutschland auf. Die Autoren schreiben, dass die Zahl der „Rückführungsdefizite“ angesichts steigender Asylbewerberzahlen weiter wachsen werde.

Mehr Asylbewerber, weniger Personal

Die Arbeitsgruppe machte Stichproben zur Personalentwicklung in den Ländern Hessen, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen für den Zeitraum 2009 bis 2014. In sieben der befragten Ausländerbehörden wurden demnach mehr Mitarbeiter bereitgestellt, die sich mit der Rückführung abgelehnter Asylbewerber befassen. In 43 Dienststellen blieb der

Personalbestand unverändert, in fünf wurde er verringert.

Während sich in diesem Zeitraum die Zahl der Asylbewerber um 600 Prozent erhöht habe (von 33.000 im Jahr 2009 auf mehr als 200.000 im Jahr 2014), habe sich die Personalsituation bei 85 Prozent der Behörden entweder nicht erhöht oder sogar verringert. „Allein die statistischen Werte belegen, dass ohne massive Personalverstärkung bei den Vollzugsbehörden keine realistische Aussicht besteht, die Vollzugssituation erkennbar zu verbessern“, heißt es in dem Bericht.

(Auszug aus einem [Artikel der FAZ](#))

Anmerkung: Von den 18- bis unter 35-Jährigen (85.842 Personen) – immerhin 49,5 Prozent aller Asylbewerber 2014 – waren 74,6 Prozent männlich. Zwei Drittel der nach Deutschland kommenden „Flüchtlinge“ sind übrigens Mohammedaner. Weitere Fakten zum „Flüchtlings“-Tsunami gibt es im PI-Artikel [„Deutschland – weltweit meiste Asylbewerber“](#) nachzulesen.

**Weitere „Bereicherungen“
durch „Flüchtlinge“**



Nachfolgend wieder einige Verweise zu den Aktivitäten von sog. "Flüchtlings" oder möglicherweise schon eingebürgerten Mitbürgern in den letzten Tagen,

Bereicherungen von A bis Z – wie immer ohne den geringsten Anspruch auf Vollständigkeit.

Im niederbayrischen Pfarrkirchen sollen zwei Syrer (31 und 41 Jahre alt) im Pfarrkirchner Freibad ein 13-jähriges Mädchen „in sexueller Richtung“ begrabscht haben. Offenbar war die Schülerin von einem Täter im Wasser angefasst und an den Beckenrand gedrängt worden. Dort wartete der andere. In München wurde ein 25-jähriger Senegalese kurz vor einer versuchten Vergewaltigung gestoppt. Er führte eine augenscheinlich unter erheblichem Alkoholeinfluss stehende Frau in das Treppenhaus des Parkhauses am Stachus. Zeugen alarmierten die Polizei, wobei sie die beiden im Treppenhaus antrafen. Der 25-Jährige kniete mit heruntergelassener Hose und erigiertem Glied vor der hilflosen Frau. In Chemnitz wurde eine 20-Jährige von einem unbekannten ausländischen Mann bedrängt. Er fasste ihr mehrfach an die Brüste, die Frau wehrte sich. Als der Mann ihr an die Hose ging, kam es zu einem Handgemenge, bei dem die Frau stürzte und sich am Arm verletzte.

In Bremen wurde im Hauptbahnhof ein 32-Jähriger mit schweren Kopfverletzungen aufgefunden. Er sei von einer „Gruppe Südländer“ angegriffen worden, da er einer Frau vor deren Belästigungen geholfen hat. In einem Passauer Asylantenheim ging ein 22-jähriger Asylbewerber aus Afghanistan nach einem Streit vom Vortag mit einem Küchenmesser auf einen 26-jährigen Mitbewohner aus Uganda los. In einem Asylantenheim in Hardheim

schmiss ein 19-Jähriger Bosnier mit Flaschen und einem Stuhl um sich, ein 6-Jähriges Kind wurde dabei verletzt. Ebenfalls in Hardheim wollte ein alkoholisierter Syrer wegen politischer Meinungsverschiedenheiten mit einem [Messer auf einen Kurden](#) losgehen. Er wurde zur Ausnüchterung in eine Gewahrsamszelle weggesperrt.

In Feldkirch (Österreich) randalierte ein [22-jähriger Asylwerber aus Algerien](#) und drohte, sich anzuzünden, weil ihm in einer Wohnberatungsstelle nicht sofort eine Unterkunft versprochen wurde. In Wülfringhausen wurde wahrscheinlich wieder durch [Eigenverschulden von Bewohnern](#) ein Asylantenheim abgefackelt.

Zum Abschluss noch etwas Positives. In Würzburg fordert die SPD ein [kostenloses Willkommensticket](#) für Bus und Bahn für „Flüchtlinge“, damit die Asylbewerber besser mit den Menschen in Kontakt treten können.